
Aussprache

Fragen zu den Ursachen

(Zum Beitrag von Hans-Jürgen Arlt, Karl Feldengut und Hans O. Hemmer, DGB - Nöte und Notwendigkeiten, GMH 6/91)

I.

Die Nöte des Deutschen Gewerkschaftsbundes sind auch die Nöte seiner Gewerkschaften. Der DGB ist so stark — oder schwach—wie seine Gewerkschaften es sind, auch wenn dies ungern ausgesprochen wird.

Die deutschen Gewerkschaften - und mit ihnen der DGB - sind seit einiger Zeit mit folgenden aktuellen Entwicklungen konfrontiert:

- mit dem europäischen Einigungs- und deutschen Vereinigungsprozeß;
- mit radikalen Umstrukturierungsvorgängen in der materiellen Güterproduktion und dem Dienstleistungssektor;
- mit einer sich daraus ergebenden Qualifikationsumstellung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der daraus folgenden Veränderung der Beschäftigtenstruktur.

Diese — nur verkürzt — dargestellten Entwicklungen werfen Fragen auf, die die Gewerkschaften nur gemeinsam zu beantworten in der Lage sein werden. Das Modell des DGB als Bund selbständiger Gewerkschaften bietet hierzu hervor-

gende Voraussetzungen. Die Frage, ob der DGB und seine Gewerkschaften für die sich aus der skizzierten Entwicklung ergebenden Auseinandersetzungen ausreichend gerüstet sind, beantworten Hans-Jürgen Arlt, Karl Feldengut und Hans O. Hemmer mit der Feststellung: „Wer will, daß der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften bleiben, wie sie sind, will nicht, daß sie bleiben.“

II.

Ihr Beitrag enthält einen auffälligen Widerspruch: Einerseits wird konstatiert, daß das bundesdeutsche Modell „Einheitsgewerkschaft“ als „stabil und erfolgreich“ zu qualifizieren sei und den internationalen Vergleich nicht zu scheuen habe. Andererseits wird beklagt, daß die Liste der inneren Mängel, die die Arbeit der Dachorganisation lähmen, „Buchformat“ habe. Mit einem Teil dieser Mängel befaßt sich dann der Aufsatz auch.

Möglicherweise ist dieser Widerspruch nur vordergründig. Wenn jedoch von so kompetenter Seite vor existentiellen Fehlentwicklungen gewarnt und Handlungsbedarf angemahnt wird, dann wäre es verdienstvoll gewesen, wenn die Verfasser den Versuch unternommen hätten, die *Ursachen* für die von ihnen beklagten Mängel herauszuarbeiten - oder aber zumindest die Frage nach ihnen aufzuwerfen. Solche Fragen wären zum Beispiel:

- Warum wurden die 1949 festgelegten Zuständigkeitssegmente der einzelnen Gewerkschaften stets sorgfältig gehütet? Aus welchen Gründen scheiterte der von Heinz-Oskar Vetter in den siebziger Jahren unternommene Versuch, die Kompetenzen zwischen Bund und Gewerkschaften neu zu ordnen?
- Wo sind die Gründe für den vermuteten mangelnden Reformwillen und die hohe Abwehrbereitschaft gegenüber allen Änderungsabsichten zu suchen? Ist es wirklich nur die Befürchtung, „mit der Preisgabe eines bisher bewährten Organisationsmodells dessen Bindungskräfte zu lockern“? Sind solche Organisationsmodelle, wie sie den Verfassern vorschweben, denn „bewährt“?
- Wo liegen die Ursachen für die beklagte fehlende Kompromißbereitschaft in politischen und organisatorischen Fragen?
- Warum besteht der Eindruck, daß die Mitgliedsgewerkschaften so wenig Bereitschaft zeigen, den DGB aus seiner „Schwächephase“ herauszuziehen?

Es ist unschwer erkennbar, daß diese aus unterschiedlicher Betrachtungsweise aufgeworfenen Einzelfragen zueinander in enger Beziehung stehen und ihre Beantwortung zusammenfassende organisationspolitische Schlußfolgerungen gestatten würde.

III.

Dabei darf die komplexe Problematik von notwendigen Anpassungsprozessen einer Massenorganisation nicht verkannt werden. Einerseits ist „Gesellschaft“ keine statische Größe, sondern dynamischer Prozeß, dem sich keine gesellschaftliche Gruppe - auch nicht die Gewerkschaften - entziehen kann - es sei denn, sie riskiert langfristig ihre Daseinsberechtigung. Andererseits müssen sich solche Prozesse in einem verkraftbaren Verhältnis zum notwendigen Anspruch auf organisatorische und politische Stabilität vollziehen. Diese - notwendige - Berücksichtigung beider sich diametral gegen-

überstehenden Pole führt zu Ungereimtheiten und Reibungsverlusten. Die Frage nach den Grenzen des Reformrisikos wird immer auf unterschiedliche Antworten stoßen. Diese Frage ist also auf den Punkt zuzuspitzen: Warum - folgen wir im wesentlichen den Verfassern - sind die reformorientierten und -willigen Kräfte im DGB gegenüber den stabilitätstreuen so sehr ins Hintertreffen geraten? Wie könnte man „beide Seiten“ wieder näher zueinander bringen? Welche Möglichkeiten wurden bislang nur unzureichend oder gar nicht genutzt und warum? Welche neuen Wege gilt es herauszufinden?

IV.

Bei der Suche nach den Ursachen für die aufgezeigten Probleme und die sich daraus gegebenenfalls abzuleitenden Wege zu einem optimaleren, effektiveren Wirken des DGB und seiner Gewerkschaften als organisatorischer Einheit darf die Frage nach der politischen Meinungsführerschaft des DGB nicht ungestellt bleiben, weil sie auf das zentrale Problem weist: Inwieweit identifizieren sich organisierte und auch nicht einer Gewerkschaft angehörende Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit dem DGB, „ihrer“ Gewerkschaft und den politischen Positionen, die in der Öffentlichkeit bezogen werden?

Die Verfasser unterstellen, daß der DGB als Dachverband am stärksten war, als es um die staatliche Form und grundlegende politische Entscheidungen über die Wirtschafts- und Sozialordnung der Alt-BRD ging. Eine ähnliche „Glanzzeit“ soll von 1966 bis 1972 gewesen sein.

Hier sei daran erinnert, daß in den Aufangsjahren der Alt-BRD zwischen den Regierungsparteien und den Gewerkschaften außerordentlich kontroverse Positionen bezogen worden waren. Beispielhaft sei an die unrühmliche Entwicklung der paritätischen Mitbestimmung erinnert. Gleichwohl gab ein sehr großer Teil der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer trotz gegenteiliger Aufforderung durch den DGB („Wählt einen besseren

Bundestag!") bei den Wahlen den Regierungsparteien ihre Stimme. Es sei an die Notstandsgesetzgebung erinnert, die DGB und Gewerkschaften aus guten Gründen zu verhindern versuchten - ohne Erfolg, trotz des vermuteten größeren Einflusses.

Und in jüngster Zeit gaben das „Durchziehen“ der Regierungsparteien bei der Änderung des § 116 AFG, die plumpen Ausfälle des Bundeskanzlers gegen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung oder aber die gegen den Widerstand des DGB durchgesetzte Zerschlagung der Bundespost den Wählerinnen und Wählern - in ihrer Mehrheit doch Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - keine Veranlassung, bei den Wahlen zum Bundestag den Trägern dieser Politik ihr Vertrauen zu entziehen.

Angesichts dieser Differenz zwischen gewerkschaftlichen Positionen und praktischen politischen Entscheidungen einer Mehrheit von Wählerinnen und Wählern stellt sich doch die Frage, warum die Stimme des DGB und seiner Gewerkschaften in der öffentlichen Bewertung so gering geachtet wird. Dafür muß es doch Ursachen geben, und es wäre verdienstvoll sie herauszufinden. Gibt es nicht Bezüge zu den in dem Aufsatz dargestellten Problemen? Muß möglicherweise über den politischen Stellenwert des DGB als gemeinsamer Klammer für über zehn Millionen organisierte Gewerkschafts-

mitglieder neu nachgedacht werden? Ist dieser Stellenwert womöglich angesichts der zahlreichen von den Gewerkschaften zu bewältigenden Einzel- und Gruppenprobleme zu sehr in den Hintergrund getreten? Hat im gewerkschaftlichen Denken und Handeln das Prinzip des Interessenverbandes vielleicht den Gedanken der politischen Bewegung in den Hintergrund gedrängt?

V.

Jede Diskussion über organisatorische Reformen muß Stückwerk bleiben, wenn diese und weitere grundsätzliche Fragen gewerkschaftlichen Selbstverständnisses an der Schwelle zum 21. Jahrhundert ungestellt und unbeantwortet bleiben. Auch die von Hans-Jürgen Arlt, Karl Feldegut und Hans O. Hemmer dargestellten Probleme können nur dann einer Lösung nähergebracht werden, wenn das Gespräch über die Ursachen dieser Probleme in den Gewerkschaften und mit den im DGB tätigen und Verantwortung tragenden Kolleginnen und Kollegen ohne Tabus geführt wird und Überlegungen zur Veränderung an diesen Ursachen ansetzen. Wie eingangs gesagt - letztlich sind die Probleme des DGB auch die seiner Gewerkschaften, und das Prinzip „Weiter so - Deutschland!“ wäre sicher das letzte, was man den Beteiligten empfehlen sollte.

Waldemar Hirsch,
Mainz